

V19 Dringlichkeitsantrag: NPOG konsequent verhindern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.10.2019
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

- 1 Im Frühjahr hat die Landesregierung unter SPD und CDU ein niedersächsisches
- 2 Polizeigesetz vorgestellt, das in seiner Gesamtheit freiheits- und
- 3 bürger*innenfeindlich ist und die Befugnisse der niedersächsischen Polizei
- 4 unverhältnismäßig ausweitet. Trotz der Gründung eines breit aufgestellten
- 5 Bündnisses und einer Demonstration, an der um die 15 000 Menschen teilnahmen,
- 6 sieht die rot-schwarze Regierung keinen Grund ihren Kurs zu überdenken und
- 7 reagiert nicht angemessen auf die vorgetragene Kritik jeglicher Seite. Die
- 8 Ansage, das Gesetz noch diesen Dezember beschließen zu wollen, lässt dabei
- 9 jegliches Demokratieverständnis missen. Weder die vom gesetzgebenden
- 10 Beratungsdienst angesprochenen rechtlichen Unklarheiten noch die Befürchtungen
- 11 und Kritikpunkte der Gesellschaft werden damit ernstgenommen.

- 12 Die Grüne Jugend Niedersachsen bestärkt deshalb ihre Forderung danach, das Gesetz
- 13 aufgrund der Reaktionen innerhalb der Gesellschaft zurückzunehmen und, dass die
- 14 Landesregierung ihren Fehler einsieht.

- 15 Darüber hinaus kritisieren wir das skandalöse Verhalten der Regierung und deren
- 16 Versuch sachliche Kritik derartig zu unterbinden. Eine vorschnelle Behandlung
- 17 des Gesetzes im Dezember macht deutlich, dass die die GroKo keineswegs an der
- 18 Meinung verschiedenster gesellschaftlicher Akteure interessiert ist.

- 19 Deshalb ruft die Grüne Jugend Niedersachsen dazu auf, am weiterhin lautstark auf
- 20 die Straße zu gehen und ihrem Protest in verschiedensten Formen Ausdruck zu
- 21 bringen. Denn der Kampf gegen das NPOG und den Überwachungsstaat geht weiter!